vinetur

Großbritannien und EU vereinbaren Abschaffung der meisten Lebensmittelkontrollen an den Grenzen

Ein Mobilitätsprogramm soll bis 2030 jährlich bis zu 100.000 Menschen ermöglichen, auf jeder Seite zu leben und zu arbeiten

Montag, 23. November 2026



Das Vereinigte Königreich und die Europäische Union haben bei ihrem Gipfeltreffen am 20. November in Brüssel eine neue Vereinbarung zum Handel mit Lebensmitteln und Getränken sowie ein Mobilitätsprogramm für junge Menschen getroffen. Damit wird der Weg frei für weniger Handelskontrollen bei vielen Agrarprodukten und einen neuen Zugang für junge Menschen, auf beiden Seiten in der Gastronomie zu arbeiten.

UKHospitality begrüßte die Vereinbarung. Die Maßnahmen könnten langfristig die Lieferketten entlasten und Arbeitgebern helfen, die mit Personalmangel zu kämpfen haben, auch wenn von keiner der beiden Änderungen eine unmittelbare Entlastung zu erwarten ist.

Im Rahmen der Vereinbarung zum Lebensmittel- und Getränkebereich sollen die allermeisten gesundheitspolizeilichen und pflanzenschutzrechtlichen Kontrollen sowie die damit verbundene Dokumentation beim Handel mit Lebensmitteln und Agrargütern zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU entfallen. Produkte wie Fleisch, Milchprodukte und Fisch könnten vom Wegfall von Veterinärbescheinigungen für die Ausfuhr und routinemäßigen Grenzkontrollen profitieren. Die Änderungen sollen jedoch erst am 1. März 2028 in Kraft treten und hängen weiterhin von den erforderlichen rechtlichen und administrativen Schritten ab.

Allen Simpson, Geschäftsführer von UKHospitality, sagte, die Vereinbarung könne dazu beitragen, einen der am schnellsten steigenden Kostenfaktoren der Branche zu senken. Die Inflation bei Lebensmitteln und Getränken sei für Gastronomiebetriebe eine erhebliche Belastung gewesen. Er hoffe, dass die Änderungen im Handel die Lieferkette kostengünstiger machten.

Das ist auch über die Küchen hinaus von Bedeutung. Wenn weniger Grenzkontrollen und ein geringerer Verwaltungsaufwand den Import vom Kontinent erleichtern, könnten Pubs, Bars und Restaurants auch leichter an europäische Weine, Biere, Spirituosen und andere Zutaten für Getränke gelangen. Ob Betreiber von Getränkebetrieben tatsächlich profitieren, hängt jedoch davon ab, in welchem Umfang die Kostensenkungen entlang der Lieferkette weitergegeben werden.

Die britische Regierung erklärte, die umfassendere Vereinbarung könne die britische Wirtschaft bis 2040 um jährlich 5,1 Milliarden Pfund stärken. Die Minister warnten jedoch davor, davon auszugehen, dass niedrigere Handelshemmnisse rasch zu geringeren Preisen für Verbraucher oder Unternehmen führen würden.

Wirtschaftsminister Jonathan Reynolds sagte am 20. November in der Sendung BBC Breakfast, er könne nicht garantieren, dass Lebensmittel günstiger würden, da sich auch andere Faktoren weiterhin auf die Preise auswirkten. Der Abbau von Bürokratie, Reibungsverlusten an den Grenzen sowie physischen und elektronischen Kontrollen sollte seiner Aussage nach dennoch Kosten aus der Lieferkette nehmen.

Für Gastronomiebetriebe ergibt sich damit ein gemischtes Bild. Unternehmen, die Lebensmittel oder Getränke von europäischen Lieferanten beziehen, könnten mit der Zeit weniger administrative Hürden haben. Zeitpunkt und Umfang der Einsparungen bleiben jedoch ungewiss. Viel wird von der Umsetzung, den Preisentscheidungen der Lieferanten und Händler sowie dem allgemeinen Inflationsdruck in der Wirtschaft abhängen.

Der Gipfel brachte außerdem ein Youth Experience Scheme hervor, das jährlich bis zu 100.000 Menschen auf jeder Seite im Alter von 18 bis 31 Jahren ermöglichen soll, bis zu drei Jahre lang im jeweils anderen Gebiet zu leben, zu arbeiten, zu studieren und zu reisen. Das Programm soll auf Visa beruhen, den Teilnehmenden keinen Zugang zu Sozialleistungen gewähren und ihnen nicht erlauben, Angehörige mitzubringen. Es soll spätestens im Januar 2030 eingeführt werden.

UKHospitality erklärte, das Programm könne den langjährigen Austausch junger Arbeitskräfte zwischen Großbritannien und Europa wiederbeleben und ihnen die Möglichkeit geben, in unterschiedlichen Gastronomiemärkten Erfahrungen zu sammeln und mit neuen Fähigkeiten zurückzukehren. Das könnte für Restaurants, Hotels, Pubs und Bars wichtig sein, die seit dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus dem Freizügigkeitssystem der EU mit der Personalgewinnung zu kämpfen haben.

Dennoch ist nicht zu erwarten, dass der Plan den Arbeitskräftemangel kurzfristig behebt. Die Teilnehmerzahl des Programms ist begrenzt, sein Start liegt noch Jahre in der Zukunft, und Unternehmen stehen weiterhin unter unmittelbarem

Einstellungsdruck. Arbeitgeber, die Personal für den Service, die Küchen und den Barbetrieb suchen, dürften zunächst keine direkten Auswirkungen spüren.

Die Vereinbarung löste auch eine neue politische Debatte über die langfristigen Beziehungen des Vereinigten Königreichs zur EU aus. Premierminister Andy Burnham sagte, er respektiere das Brexit-Votum von 2016, doch sowohl das Vereinigte Königreich als auch die EU hätten sich seitdem verändert. Er wolle im kommenden Jahr informelle Gespräche mit europäischen Staats- und Regierungschefs führen, um künftige Möglichkeiten auszuloten. Zugleich fügte er hinzu, die Vereinbarungen vom 20. November seien wahrscheinlich das Äußerste, was im aktuellen Parlament erreicht werden könne.

Burnham sagte außerdem, jede weiterreichende Entscheidung über die künftigen Beziehungen des Vereinigten Königreichs zur EU obliege dem nächsten Parlament und dürfe nicht der öffentlichen Meinung vorausgreifen.

Vorläufig liegt die praktische Bedeutung des Gipfels in den langsameren, technischen Veränderungen, die er für den grenzüberschreitenden Handel und die Arbeitskräftemobilität mit sich bringen könnte. Gastronomieverbände sehen mögliche Vorteile durch geringere Reibungsverluste beim Import von Waren und einen größeren Pool junger Arbeitskräfte. Beide Teile der Vereinbarung sind jedoch langfristig angelegt; welche Auswirkungen sie letztlich auf Kosten, Personal und Preise haben, wird von der Umsetzung in den kommenden Jahren abhängen.